

NEUE

NACHBAR

*INNEN

Informationen vom
Bündnis Neukölln zur geplanten
Flüchtlingsunterkunft

FLUCHT UND VERTREIBUNG

Krieg, Verfolgung, Not und die Hoffnung auf ein besseres Leben haben sie aus ihren Heimatländern vertrieben. Viele von ihnen haben fast alles zurückgelassen, um zu retten, was Menschen nur einmal verlieren können: das Leben.

Etwa 18.000 Flüchtlinge aus vielen Krisengebieten der Erde leben zurzeit in Berlin. Das entspricht etwa 0,51 Prozent der Berliner Bevölkerung. Etliche von ihnen haben – auch wegen der Abschottungspolitik an den Grenzen der EU – eine Odyssee von Notlager zu Notlager hinter sich. Oft wännen sich die Menschen der Gefahr entronnen und werden erneut Opfer von Verfolgung in den Zufluchtsländern. Immer wieder weitergeschoben, bis wenige von ihnen endlich Berlin als neuen Zufluchtsort erreichen.

WILLKOMMEN HEISSEN STATT ABLEHNEN

Für rund 300 Geflüchtete soll im Frühjahr 2015 eine Flüchtlingsunterkunft auf dem ehemaligen Bewag-Sportplatz in der Karl-Marx-Straße/ Ecke Grenzallee errichtet werden.

Ob sie hier Ruhe und Schutz vor Not und Verfolgung finden werden, liegt auch an uns, den AnwohnerInnen.

„Willkommen heißen statt ablehnen!“ bedeutet, auch darauf vorbereitet zu sein, dass NPD, AfD und ihr Gesinnungsumfeld gegen die geplante zweite Neuköllner Flüchtlingsunterkunft mobil machen könnten.

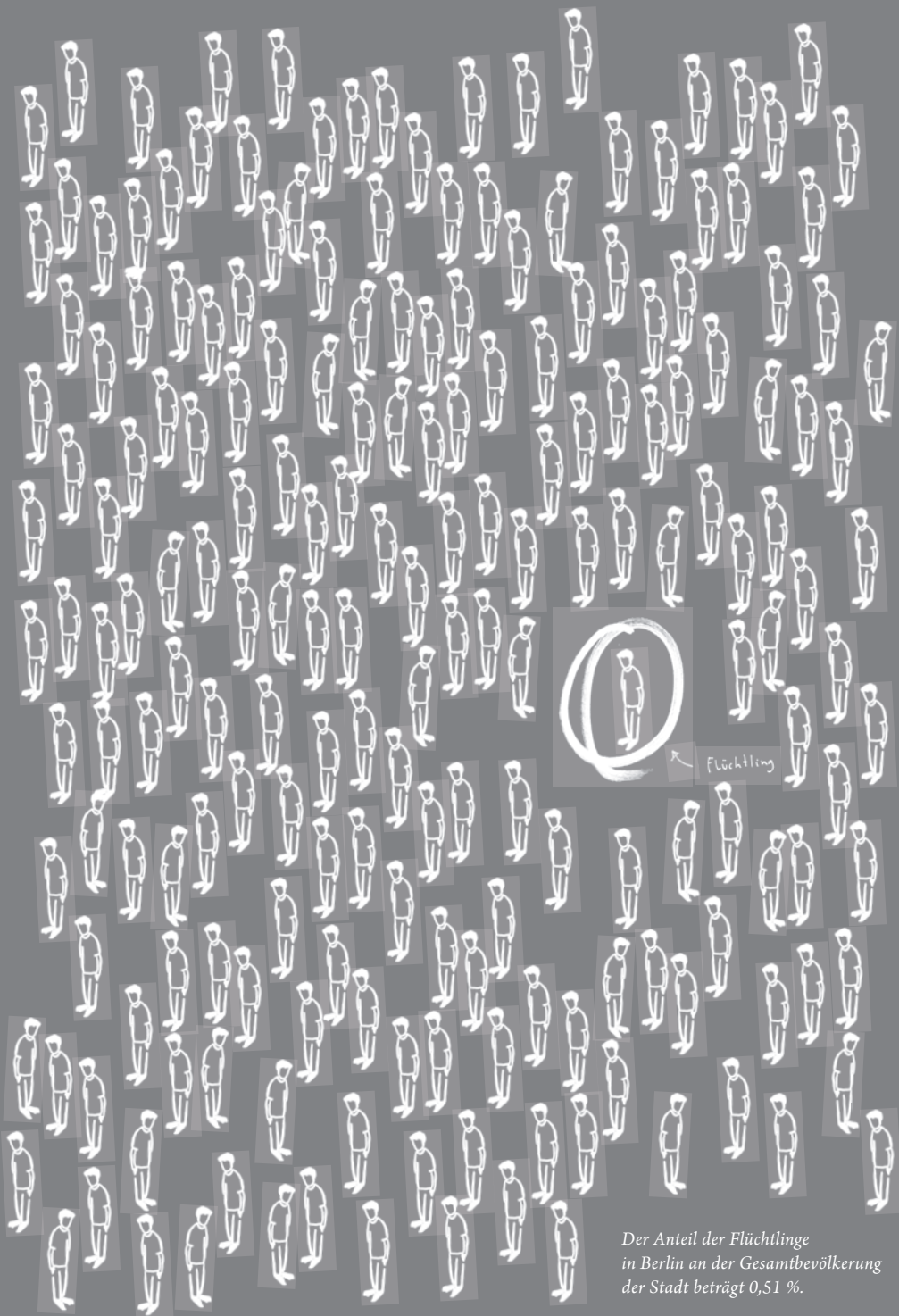
Mit Unterstellungen wie drohender Überfremdung, wachsender Kriminalität, zunehmendem Lärm und Schmutz knüpfen sie an vorhandenen rassistischen Vorurteilen an und versuchen, Vorbehalte und Ängste zu schüren. Sie beschwören das Bild eines zerfallenden Stadtteils herauf, in dem das friedliche Miteinander in Zukunft nicht mehr möglich sei.

Die Erfahrungen von AnwohnerInnen und Flüchtlingen der Britzer Unterkunft in der Haarlemer Straße und anderer Unterkünfte widersprechen diesen Vorurteilen.

FAKTEN STATT VORURTEILE

In den Polizeistatistiken wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass von Flüchtlingsunterkünften keine Kriminalität ausgeht – und wenn, handelt es sich meist um Verstöße, die nur AsylbewerberInnen begehen können, etwa gegen die sogenannte Residenzpflicht oder gegen das Arbeitsverbot.

Tatsächlich machten im letzten Jahr rechtsextreme Gewalttaten die höchste Zuwachsrate in der Kriminalitätsstatistik aus. Das Ziel der Rechts-extremistInnen ist klar: Opfer sollen zu Tätern gemacht werden, um Angriffe auf die Flüchtlinge propagandistisch vorzubereiten. Dass diese Bedrohung real ist, zeigen zunehmende rassistische Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte.



Der Anteil der Flüchtlinge
in Berlin an der Gesamtbevölkerung
der Stadt beträgt 0,51 %.

Auch die Behauptung der RechtsextremistInnen, die Asylleistungen würden Unsummen von Steuergeldern verschlingen, hält einer genaueren Überprüfung nicht stand. Bei einem Bruttoinlandsprodukt von 110 Milliarden Euro betragen die Ausgaben für Flüchtlinge 2014 in Berlin lediglich 0,1 Prozent der Gesamtwirtschaft der Stadt.

Asylsuchenden vorzuwerfen, sie würden auf Kosten der SteuerzahlerInnen leben, ihnen aber gleichzeitig mit einem Arbeits- und Ausbildungsverbot jegliche eigenständigen Unterhaltungsmöglichkeiten zu entziehen, ist mehr als unlauter.

WIR SAGEN:

- **Flüchtlinge sind Opfer von Verfolgung, oft von schweren Verbrechen: Folter, Vergewaltigung, Genitalverstümmelung, Mordversuchen.**
- **Asylsuchende sind außerdem die ersten Opfer skrupelloser Schlepper, die sie unter menschenunwürdigen Bedingungen einsperren, ihnen Gewalt antun und / oder sie ausbeuten.**
- **Es geht um Menschen in Not!**
- **Der Anspruch auf Asyl ist ein Menschenrecht!**
- **Flüchtlinge haben ein Anrecht auf eine menschenwürdige Aufnahme in ihrem neuen Zufluchtsort!**

Wir alle können zu einem nachbarschaftlichen Miteinander zwischen Einheimischen und den neu ankommenden Geflüchteten beitragen, einem Miteinander auf gleicher Augenhöhe. Daran will sich das „Bündnis Neukölln: Miteinander für Demokratie, Respekt und Vielfalt“ beteiligen durch Informations- und Diskussionsangebote.

BÜNDNIS NEUKÖLLN: MITEINANDER FÜR DEMOKRATIE, RESPEKT UND VIELFALT

Das Bündnis Neukölln ist ein überparteilicher, überkonfessioneller und multikultureller Zusammenschluss von Organisationen, Gewerkschaften und Geschäftsleuten, privaten und staatlichen Einrichtungen sowie Einzelpersonen im oder für den Bezirk Neukölln.

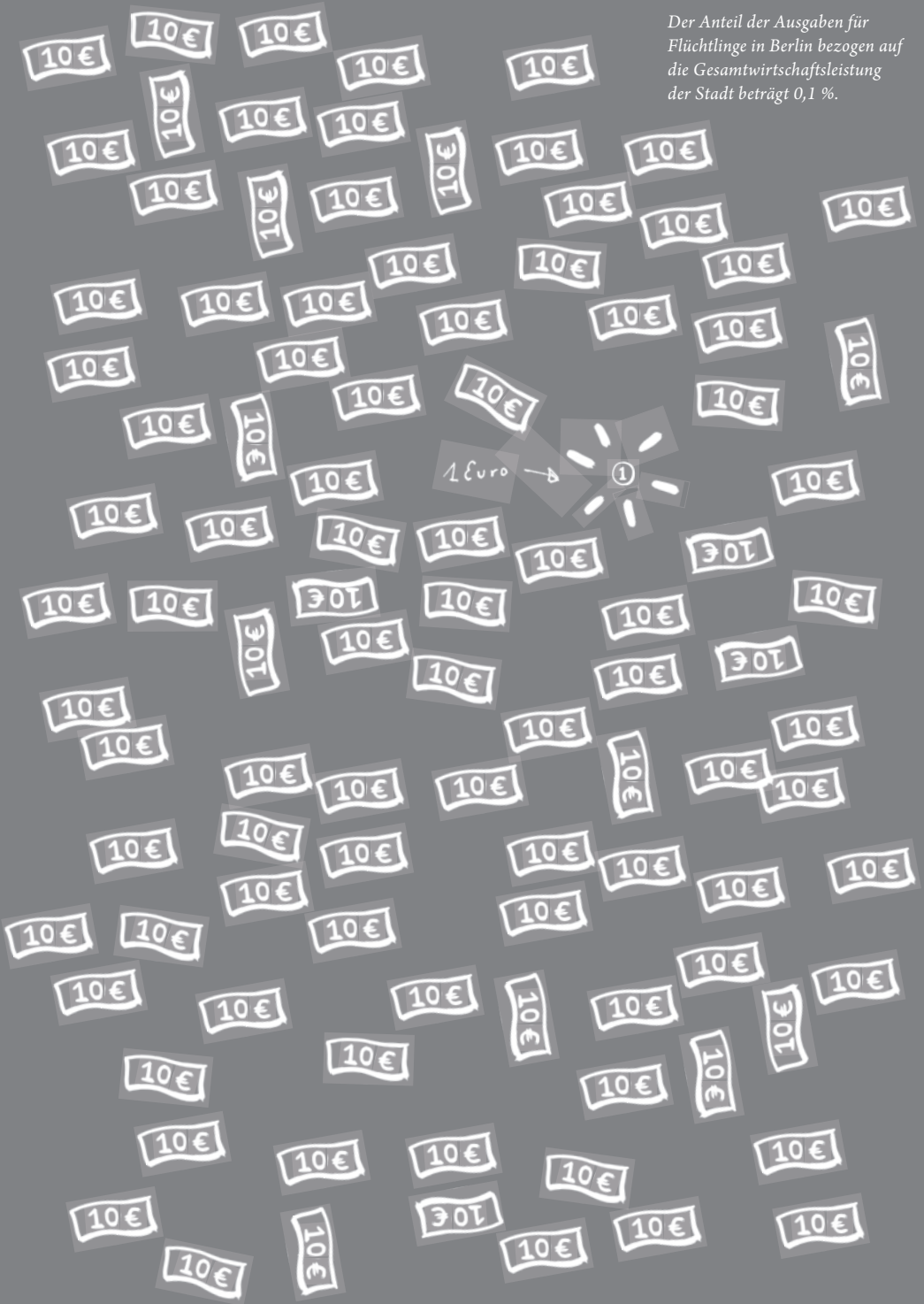
Wir treten ein für ein solidarisches und friedliches Miteinander unabhängig von der ethnischen Herkunft, dem Geschlecht, der Religion, Weltanschauung oder sexuellen Identität. Fremdenfeindlichkeit, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus gleich welcher Couleur dürfen keinen Platz in unserer Mitte haben.

Deshalb organisieren wir Anfang des Jahres 2015 eine Informationsveranstaltung* zur geplanten Flüchtlingsunterkunft in unserer Nachbarschaft.

**Mit freundlichen Grüßen,
Ihr Bündnis Neukölln**

** Hinweis: Als VeranstalterInnen behalten wir uns vor, von unserem Hausrecht nach § 6 Versammlungsgesetz Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen oder rechtspopulistischen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische, antiziganistische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder sie von dieser auszuschließen.*

Der Anteil der Ausgaben für
Flüchtlinge in Berlin bezogen auf
die Gesamtwirtschaftsleistung
der Stadt beträgt 0,1 %.



Kontakt & Infos:

WWW.BUENDNIS-NEUKOELLN.DE



*Vi.S.d.P.: Ilknur Gümüs, c/o IBBC e.V.
Im Bürgerzentrum Neukölln,
Werbellinstraße 42, 12053 Berlin*